S 3 RA 180/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 14
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 3 RA 180/01 Datum 19.10.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 14 RA 251/01 Datum 08.04.2004

3. Instanz

Datum -

I. Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 19. Oktober 2001 wird zurückgewiesen. II. AuÃ∏ergerichtliche Kosten des Berufungsverfahrens sind nicht zu erstatten. III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist ein Anspruch auf Geschiedenenwitwenrente aus der Versicherung des 1927 geborenen und am 07.01.2000 verstorbenen ehemaligen Ehegatten der KlĤgerin streitig.

Die 1933 geborene Klägerin, eine gelernte Kauffrau, war seit dem 31.08.1957 mit dem Versicherten H. , einem Exportkaufmann, verheiratet. Durch das am 04.04.1968 rechtskräftig gewordene Urteil des Landgerichts Köln vom 04.04. 1968 wurde die Ehe aus beiderseitigem (gleichen) Verschulden geschieden. Die elterliche Gewalt fýr das gemeinsame, 1958 geborene Kind R. wurde â \square 0 entsprechend einer frýheren Vereinbarung â \square 0 der Mutter mit Beschluss des Amtsgerichts Köln vom 05.12.1968 ýbertragen. In dem dem Landgericht Köln für den Fall der rechtskräftigen Scheidung vorgelegten Vergleich verzichteten die Klägerin und der Versicherte beiderseits auf Unterhalt fþr die Vergangenheit

und für die Zukunft. Daneben verpflichtete sich der Versicherte zur Unterhaltszahlung in Höhe von 200,00 DM monatlich an das Kind R. sowie zur Zahlung des Zugewinnausgleichs an die Klägerin in Höhe von insgesamt 2.000,00 DM. Daneben erhielt die Klägerin einen Teil des Hausrats und elf Aktien zum Nennwert von je 50,00 DM.

Laut Versicherungsverlauf der Beklagten und den sonstigen vom Versicherten an die Beklagte eingereichten Unterlagen stand der frÃ⅓here Ehemann, ein Vertriebener, seit dem 01.09.1947 im Erwerbsleben (Arbeiterrentenversicherung von September 1947 bis Juni 1951, Angestelltenversicherung von Juli 1951 bis Oktober 1980), und zwar durchgehend vom 01.07.1958 bis 31.03.1971 in einem Beschäftigungsverhältnis bei der Firma B. AG (ab 15.09.1969 bei der Tochterfirma S.) und vom 01.04.1971 bis 31.10.1980 bei der Firma T â□¦ Beruflich bedingt hielt er sich mehrmals im Ausland auf, von August 1954 bis November 1955 in Canada, von Februar 1961 bis Februar 1964 sowie von April 1965 bis September 1966 in Nigeria und von September 1969 bis Februar 1971 in SÃ⅓dafrika.

Der Versicherte, seit M $\tilde{\text{A}}$ xrz 1976 als Schwerbehinderter bei einem GdB um 50 anerkannt, erzielte im Jahre 1968 ein versicherungspflichtiges Jahresentgelt von 19.200,00 DM und vom 01.01. bis 31.10.1980 ein Entgelt von 41.300,00 DM, damit im Jahre 1968 1.600,00 DM brutto (laut Sozialgericht irrigerweise 1.600,00 DM netto).

Ab 01.07.1980 bezog er Rente wegen Erwerbsunfähigkeit in anfänglicher Höhe von 941,20 DM und ab 01.01.1993 eine Altersrente von anfänglich 1.587,19 DM (2.167,61 DM Altersrente abzüglich Krankenversicherungsbeitrag und abzüglich eines Teils der zwischenzeitlich bezogenen Rente wegen Berufskrankheit von damals 2.822,60 DM). Das Altersruhegeld betrug vor seinem Tode am 07.01.2000 1.304,70 DM netto bei anteiliger Anrechnung einer Verletztenrente von 3.941,49 DM.

Laut Akten der Berufsgenossenschaft wurde bei ihm wegen einer im Jahre 1962 erlittenen AmĶbenruhr eine FunktionsstĶrung der BauchspeicheldrĽse als Berufskrankheit festgestellt (MdE 30 v.H. ab April 1963, 50 v.H. ab Sepember 1966, 30 v.H. ab MĤrz 1967, 50 v.H. ab August 1977, 70 v.H. ab September 1978, 80 v.H. ab Februar 1980, 90 v.H. ab September 1995 und 100 v.H. ab Februar 1996); seitens der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie erfolgten nach RentenvorschÃ⅓ssen im Mai und Juli 1968 erstmals im November 1968 die Einweisung einer laufenden Rente sowie die Rentennachzahlung. Vor dem Tode bezog er (ab 01.07.1999) Rente von 3.941,49 DM monatlich zuzÃ⅓glich 871,97 DM monatlich Pflegegeld wegen einer im März 1999 erfolgten VorfuÃ□amputation.

Die Klägerin hatte von August 1947 bis Januar 1958 eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt; nach der Scheidung war sie im Mai und Juni 1968 teilzeitbeschäftigt bei einem monatlichen Entgelt von 350,00 DM. Im Juli verzog sie mit ihrem Kind von Köln nach Nþrnberg, weil ihre Eltern dort lebten und das Kind beaufsichtigen konnten. Vom 05.08.1968 bis 30.09.1980 war sie in Vollzeit beschäftigt bei der Firma S. als Disponentin; weiterhin war sie vom 01.10.1980 bis

30.04.1995 selbständig als Vermittlerin von Versicherungs- und Bausparverträgen tätig (freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung vom 01.01.1984 bis 31.08.1993).

Seit 01.04.1996 bezieht sie eine Altersrente für langjährig Versicherte von anfänglich 1.166,13 DM netto; die Rente betrug vor dem Tode des Versicherten 1.124,15 DM nach Abzug von Beiträgen für die Kranken- und Pflegeversicherung. AuÃ□erdem kam ihr der halbe Mietwert einer im Jahre 1997 gemeinsam mit dem Lebensgefährten erworbenen und benutzten Eigentumswohnung in Nürnberg mit 70 Quadratmeter zugute.

Im Oktober 1998 fragte die KlĤgerin bei der Beklagten unter Bezug auf einen Artikel in der "Bild am Sonntag" wegen künftiger Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse, unter anderem mit notariellem Partnervertrag mit dem Lebensgefährten und eventuell späterer Heirat, bei der Beklagten an, ob sie im Fall des Ablebens des Versicherten Geschiedenenwitwenrente erhalte. Sie legte hierzu Unterlagen vor und gab zur Begrþndung des gegenseitigen Unterhaltsverzichts im Jahre 1968 an, der Versicherte habe sie indirekt zum Verzicht gezwungen mit der Drohung, anderenfalls seine Anstellung aufzugeben und die Dauer der Scheidung unnötig und erschwerend in die Länge zu ziehen. Es sei ihr damals klar gewesen, dass sie ihren Unterhalt allein bestreiten könne. Mit Schreiben vom 29.10.1998 teilte ihr die Beklagte mit, dass Anspruch auf Geschiedenenwitwenrente nach Sachlage nicht zustehe, und begründete dies.

Am 18.01.2000 beantragte die nicht wieder verheiratete Klägerin unter Vorlage von Unterlagen Hinterbliebenenrente aus der Versicherung ihres geschiedenen und bis zum Tode ebenfalls nicht wieder verheirateten Ehegattens. Im Zusatzfragebogen gab sie an, dass sie zwangsläufig auf den Unterhalt verzichtet habe, weil der Verstorbene sonst der Scheidung nicht zugestimmt hätte. Auch der psychische Druck, die Beschleunigung des Scheidungsverfahrens und die Empfehlung des Rechtsanwalts seien hierfýr ausschlaggebend gewesen.

Mit streitgegenstĤndlichem Bescheid vom 01.03.2000 lehnte die Beklagte die RentengewĤhrung gemäÃ∏ § 243 des Sozialgesetzbuches Teil VI (SGB VI) ab, weil in den FĤllen, in denen aufgrund eines Unterhaltsverzichts zu Lebzeiten des Versicherten ein Unterhaltsanspruch nicht bestanden habe, die Geschiedenenrente nicht an die Stelle eines bis zum Tode des Versicherten bestehenden Unterhaltsanspruchs treten könne. Etwas anderes könne nur für die Fälle gelten, in denen der Unterhaltsverzicht eine rein deklaratorische Wirkung habe, das hei̸t, in denen auch ohne einen Verzicht ein Unterhaltsanspruch nicht bestanden hätte. Hiervon sei jedoch vorliegend gerade nicht auszugehen, da â∏ entsprechend den Schilderungen der Klägerin â∏ ihr früherer Ehemann einen entscheidenden Wert auf die Abgabe dieser ErklĤrung gelegt habe. Des Weiteren bestehe ein Anspruch auch noch aus einem anderen Grunde nicht. Die Ehe sei aus beiderseitigem Verschulden geschieden worden. In einem solchen Falle bestehe nach dem damaligen Scheidungsfolgenrecht ein Unterhaltsanspruch nur im Rahmen der sog. Billigkeit. Ein solcher Billigkeitsanspruch sei in der Regel zeitlich eng befristet gewesen und daher im vorliegenden Falle auszuschlie̸en, da zwischen

dem Zeitpunkt der Scheidung und dem Tod des Versicherten mehr als 30 Jahre IĤgen.

Mit dem hiergegen erhobenen Widerspruch machte die Klägerin geltend, dass ihr Unterhaltsverzicht rentenunschädlich gewesen sei. Sie habe weder zum Zeitpunkt der Vereinbarung des Unterhaltsverzichts noch zum Zeitpunkt des Todes des Versicherten einen Unterhaltsanspruch gegen diesen gehabt, weil sie sich stets selbst versorgt habe und nicht unterhaltsbedürftig gewesen sei. Der Versicherte sei damals auch nicht leistungsfähig gewesen, weil er einen erheblichen Eigenanteil der Behandlungskosten für eine medizinische Spezialbehandlung seiner chronischen Bauchspeicheldrüsenentzündung habe tragen mÃ⅓ssen. Ein Vermögen sei damals nicht gebildet worden.

Der Widerspruch wurde mit Widerspruchsbescheid vom 16.03.2001 zurĽckgewiesen und zur ErgĤnzung der BegrĽndung eines rentenschĤdlichen Unterhaltsverzichts angegeben, dass nicht nachgewiesen sei, dass im April 1968 fļr die KlĤgerin und fļr den Versicherten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen gewesen sei, dass es einmal in der Zukunft â∏ ohne Verzicht â∏ zu einem Unterhaltsanspruch hĤtte kommen kĶnnen. Aus den von der KlĤgerin geschilderten UmstĤnden werde vielmehr deutlich, dass der Versicherte einen entscheidenden Wert auf den Verzicht gelegt habe, um auch in Zukunft vor Unterhaltsansprľchen sicher zu sein.

Im anschlieà enden Klageverfahren vor dem Sozialgericht Nürnberg verfolgte die Klägerin ihr Rentenbegehren weiter und betonte erneut, der Unterhaltsverzicht sei nicht rentenschädlich gewesen, weil ein Unterhaltsanspruch ihrerseits mangels Bedürftigkeit zu keinem Zeitpunkt bestanden habe. Bereits vier Monate nach Rechtskraft des Scheidungsurteils habe sie in einem Vollzeitbeschäftigungsverhältnis gestanden. Damit habe sie auf nichts verzichtet, auf das sie realiter einen Anspruch gehabt hätte. Ihr Unterhaltsanspruch sei ausschlieà lich aufgrund ihrer eigenen Erwerbstätigkeit entfallen und weder durch den Verzichtsvertrag noch durch das Scheidungsurteil bei beiderseitigem Verschulden ausgeschlossen. Maà gebender Grund für ihren Verzicht sei gewesen, dass sie nicht gegenüber dem Ehemann unterhaltspflichtig werde, zumal dieser gedroht habe, seine Anstellung aufzugeben.

Das Sozialgericht wies die Klage mit Urteil vom 19.10.2001 ab. Hierbei ging es unter anderem davon aus, dass im letzten wirtschaftlichen Dauerzustand vor dem Tode des Versicherten ein Unterhaltsanspruch der KlĤgerin gegen den Versicherten nicht nur wegen fehlender eigener Bedürftigkeit (Bezug von Altersrente aus eigener Versicherung) nicht bestanden habe, sondern auch wegen § 60 des Ehegesetzes (EheG), nach dem bei Scheidung aus beiderseitigem gleichen Verschulden dem Ehegatten, der sich nicht selbst unterhalten könne, ein Beitrag zu seinem Unterhalt zugesprochen werde, wenn und soweit dies mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse des anderen Ehegatten und der nach § 63 EheG unterhaltspflichtigen Verwandten des Bedürftigen der Billigkeit entspreche. In erster Linie und grundsätzlich bestehe aber eine Unterhaltspflicht der Verwandten und nur subsidiär des geschiedenen

Ehegatten. Falls die Kläugerin im Jahre 1999 bedä¼rftig gewesen wänze, wänze daher zunÄxchst ihr Sohn R. zum Unterhalt verpflichtet gewesen. In Hinblick auf seine TÃxtigkeit als Diplom-Ingenieur bei der E. sowie der auch zum Teil erwerbstĤtigen Ehefrau (selbstĤndige Diplom-Psychologin) bestļnden auch unter BerÃ1/4cksichtigung der Geburt eines Kindes am 11.09.1999 keinerlei Anhaltspunkte für eine Leistungsunfähigkeit des Sohnes. Zum anderen stehe einem Anspruch auf Geschiedenenwitwenrente auch der Unterhaltsverzicht entgegen, der sich nicht als "leere Hülse" darstelle und daher unbeachtlich sei. Die hierfļr vom Bundessozialgericht aufgestellten Voraussetzungen seien nicht erfýIlt. Allein Erwerbseinkommen oder eine entsprechende Ersatzleistung (Regelaltersrente) seien nicht Ursache dafļr gewesen, dass sie am 04.04.1968 oder im Jahre 1999 gegen den Versicherten keinen Anspruch auf nachehelichen Unterhalt gehabt habe. So habe sie zum Zeitpunkt der Scheidung infolge der lediglich stundenweisen ErwerbstÄxtigkeit ļber kein erhebliches Arbeitseinkommen verfügt. Der Unterhaltsanspruch sei daher nicht wegen eigenen Erwerbseinkommens, sondern wegen des Erhalts eines Teils des Zugewinnausgleichs in HĶhe von 1.000,00 DM entfallen. Im Ä∏brigen wĤren nach § 60 EheG auch ihre Eltern, die nach den Angaben der KlĤgerin keine weiteren Kinder mehr zu unterhalten hatten, vorrangig unterhaltspflichtig gewesen. Anhaltspunkte für eine fehlende Leistungsfähigkeit lägen nicht vor, und im Jahre 1999 wäre bei Wegdenken des laufenden Bezugs der Regelaltersrente auch der Sohn der KlĤgerin, wie bereits ausgefļhrt, unterhaltspflichtig gewesen. Ferner hÄxtten die KlÄxgerin und der Versicherte bei der erforderlichen Prognose für die Zukunft den Wegfall des Einkommens aus Erwerbstätigkeit als ausgeschlossen betrachten mÃ1/4ssen. Dies sei hier gerade aber nicht der Fall gewesen. Da der Versicherte nach den mehrfach glaubhaften Angaben der KIägerin drohte, nach der Scheidung seine Anstellung aufzugeben, sei es jener vielmehr gerade darauf angekommen, die ihr drohende Unterhaltspflicht für den Versicherten als Risiko auszuschalten. Gewollt sei daher ein unbedingter konstitutiver Unterhaltsverzicht gewesen.

Mit dem Rechtsmittel der Berufung macht die BevollmĤchtigte der KlĤgerin geltend, es hÃxtten vielfÃxltige Motive zum Abschluss des Verzichtsvertrags vom 04.04.1968 bestanden, die das Sozialgericht in seinem Urteil zwar nicht falsch, jedoch auch nicht abschlie̸end berücksichtigt habe. Vorliegend komme es auf die eigene Versichertenrente der KlĤgerin ebenso wenig an wie auf die EinkunftsverhĤltnisse ihres Sohnes, vielmehr müssten die Anspruchsvoraussetzungen des <u>§ 243 SGB VI</u> erfýIlt sein. Diese lägen vor. Der Unterhaltsverzicht sei unerheblich, weil im Zeitraum der VerzichtserklĤrung objektiv nicht damit zu rechnen gewesen sei, dass die KlAzgerin jemals einen Unterhaltsanspruch gegenüber dem Versicherten haben würde. Den Versicherten habe es bereits nach dem Krieg für ein Jahr nach Canada verschlagen, und im Anschluss daran sei er einige Monate arbeitslos und von 1956 bis 1958 immerhin bei vier Arbeitgebern beschägtigt gewesen, ein Zeichen dafür, dass er in seinem Arbeitsleben nicht konstant gewesen sei. Seit 1958 sei er bei der Firma B. AG beschĤftigt gewesen, jedoch nur kurz in Deutschland, danach habe es ihn wieder ins Ausland gezogen, und zwar von 1961 bis 1966 mit kurzer Unterbrechung nach Nigeria. Sein unstetes, dem Familienleben nicht få¶rderliches

Leben sei es nicht allein gewesen, was zur Zerrýttung der Ehe beigetragen habe. Der Versicherte habe auch dem Alkohol zugesprochen, wie aus dem Scheidungsurteil hervorgehe. Bereits damals sei die KlĤgerin eine Person gewesen, die ihr Leben und ihr Schicksal selbst in die Hand genommen habe. Sie sei sich bereits damals klar gewesen, dass sie wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen musste und wollte, schlieà lich galt es, nicht nur sich selbst, sondern auch ein Kind zu versorgen. Dementsprechend habe die KlĤgerin unmittelbar nach der Scheidung eine TeilzeitbeschĤftigung (ihr Sohn sei damals zehn Jahre alt gewesen) begonnen und sei seit August 1968 durchgehend immer in einer VollzeitbeschÄxftigung gestanden. Demgegenļber sei der Versicherte bereits ab 1976, im Alter von nicht einmal 50 Jahren, zu 50 % schwerbehindert gewesen; er habe seit 1962 eine Verletztenrente erhalten und bereits mit einem Schreiben vom 20.02.1979 wegen einer ErwerbsunfĤhigkeitsrente nachgefragt. Auch nach der Scheidung sei er für einige Jahre im Ausland gewesen, diesmal in Südafrika. Er habe deshalb sein wechselvolles, nicht konstantes Leben fortgefä¼hrt. Aus einer Gesamtschau des Arbeitslebens des Versicherten ergebe sich vor der Scheidung kein anderes Bild als danach. Er sei eher ein Lebenskünstler gewesen, der sich lieber im Ausland aufgehalten habe.

Die Beklagte hingegen bringt vor, der erklÄxrte Unterhaltsverzicht wÄxre nur dann rein deklaratorisch bzw. eine "leere HÃ1/4lse", wenn es bei Abschluss des Unterhaltsverzichtes vernünftigerweise auszuschlieÃ∏en gewesen wäre, dass künftig einmal Unterhaltsansprüche entstehen könnten. Dies sei aber vorliegend nicht der Fall gewesen. Zum Zeitpunkt der Scheidung und Abschluss des Unterhaltsverzichts habe die KlĤgerin nur stundenweise gearbeitet; darļber hinaus habe sie das Sorgerecht des zum Zeitpunkt der Scheidung noch minderjĤhrigen Kindes zugesprochen bekommen, so dass ihr im Falle eines bestehenden Unterhaltsanspruchs eine vollschichtige TÄxtigkeit nicht hÄxtte zugemutet werden kA¶nnen. Dass sie kurze Zeit nach der Scheidung dennoch eine vollschichtige TÄxtigkeit aufgenommen habe, sei hierbei unbeachtlich. Das Landessozialgericht München habe in seinem Urteil vom 12.03.1992 â∏∏ <u>L 16 Ar</u> 238/90 â∏∏ dazu ausgeführt, dass selbst eine zwischen Trennung und Scheidung der Eheleute aufgenommene bzw. betrÄxchtlich erweiterte ErwerbstÄxtigkeit der Frau nur dann berļcksichtigt werden kĶnne, wenn sie auch ohne Trennung der Parteien aufgenommen bzw. erweitert worden wĤre. Dies sei aber vorliegend zu bezweifeln. AuÄllerdem sei nicht auszuschlieÄllen gewesen, dass sich das Einkommen der KlĤgerin aus gesundheitlichen Gründen oder infolge von Arbeitslosigkeit vermindert hÄxtte oder ganz weggefallen wÄxre und so Unterhaltsbedürftigkeit eingetreten wäre (vgl. Urteil des BSG vom 16.06.1994 â∏ 13 RI 23/93). Einkommensmindernden Wechselfällen wie dem Eintritt von Krankheit und Arbeitslosigkeit bei der Prognose im Rahmen künftig zu berücksichtigender Einkommensverhältnisse müsse grundsätzlich Rechnung getragen werden, denn sie gehĶrten zum normalen Ablauf eines Arbeitslebens und könnten nur unter besonderen Umständen ausgeschlossen werden (BSG vom 16.12.1993 â∏∏ <u>13 RI 01/93</u>).

Die KlĤgerin beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 19.10.2001 sowie den Bescheid der Beklagten vom 01.03.2000 in der Gestalt des

Widerspruchsbescheides vom 16.03.2001 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr Geschiedenenwitwenrente aus der Versicherung von R. H. ab Antragstellung zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurļckzuweisen.

Dem Senat lagen zur Entscheidung die Streitakten beider Rechtszüge sowie die zu Beweiszwecken beigezogenen Versichertenakten der Beklagten (für den Verstorbenen und die Klägerin) vor, weiterhin die für den geschiedenen Ehemann von der Berufsgenossenschaft Chemie geführten Akten wegen Berufskrankheit. Zur Ergänzung des Tatbestands im Einzelnen wird hierauf Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung (\hat{A} § \hat{A} § 143 ff., 151 des Sozialgerichtsgesetztes \hat{a} SGG -) ist zul \hat{A} xssig, aber in der Hauptsache unbegr \hat{A} 1/4ndet.

Auch der Senat ist zu der ̸berzeugung gekommen, dass der Klägerin ein Anspruch auf Witwenrente für Geschiedene nicht zusteht.

Nicht maà gebend war allerdings hierbei der vom Sozialgericht unter anderem herangezogene Ausschluss eines Unterhaltsanspruchs der Klägerin gegenüber dem geschiedenen Ehegatten in den Jahren 1968 und 1999 durch vorrangige Unterhaltsansprüche gegenüber den Eltern und später gegenþber dem volljährigen Sohn R â ln der Rechtsprechung der Zivilgerichte und im Schrifttum war stets umstritten, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen im Falle der Scheidung aus beiderseitigem Verschulden Verwandte zum Unterhalt vorrangig heranzuziehen sind. Einen Vorrang hat das Bundessozialgericht (Urteil vom 26.11.1981 â ln 5b/5 RJ 86/89 in SozR 2200 § 1265 Nr.59) verneint und ergänzend hierzu auch angeführt, dass ohnehin wegen der Eigenart der Regelung Ã⅓ber Geschiedenenrente (damals § 1265 der Reichsversicherungsordnung) AnsprÃ⅓che gegenÃ⅓ber Verwandten auà er Betracht blieben.

Gleichwohl erscheint aber ein Anspruch auf Geschiedenenwitwenrente nicht begrļndet. Ein derartiger Anspruch kommt vorliegend in zwei FĤllen in Betracht:

- 1. Anspruch auf die kleine oder groà de Witwenrente besteht nach der ersten Alternative (§ 243 Abs.1 und Abs.2 SGB VI) fà ¼r geschiedene Ehegatten,
- 1. deren Ehe vor dem 01.07.1977 geschieden ist,
- 2. die nicht wieder geheiratet haben und
- 3. die im letzten Jahr vor dem Tod des geschiedenen Ehegatten (Versicherten) Unterhalt von diesem erhalten haben oder im letzten wirtschaftlichen Dauerzustand vor dessen Tode einen Anspruch hierauf hatten 4 â□¦ (zusätzliche Voraussetzungen fþr die Gewährung der groÃ□en anstelle der kleinen Witwenrente).

Ein Rentenanspruch nach diesen Vorschriften scheitert daran, dass die KlĤgerin tatsÃxchlich im Jahre 1999 keine Unterhaltsleistungen erhalten hat und auch ein Unterhaltsanspruch gegenüber dem Versicherten aus drei voneinander unabhängigen Gründen nicht in Frage kommt. Zum einen lag ein wirksamer Unterhaltsverzichtsvertrag im Sinne von § 72 EheG vor. Zum anderen war die Klägerin im Jahre 1999 fähig, sich selbst zu unterhalten. § 60 Satz 1 EheG sieht dem Wortlaut nach einen eingeschrÄxnkten Unterhaltsanspruch bei Scheidung aus beiderseitigem Verschulden vor: "Sind beide Ehegatten schuld an der Scheidung, trägt aber keiner die ýberwiegende Schuld, so kann dem Ehegatten, der sich nicht selbst unterhalten kann, ein Beitrag zu seinem Unterhalt zugebilligt werden, wenn und soweit dies mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und die Vermögensund ErwerbsverhÄxltnisse des anderen Ehegatten und der nach § 63 unterhaltspflichtigen Verwandten des Bedürftigen der Billigkeit entspricht. Die Beitragspflicht kann zeitlich beschrÄxnkt werden; § 59 Abs.1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung." Eine solche EinschrÄxnkung findet sich auch in § 58 EheG. Nach Abs.1 hat der allein ober überwiegend für schuldig erklärte Mann der geschiedenen Frau den nach den LebensverhĤltnissen der Ehegatten angemessenen Unterhalt zu gewĤhren, soweit die Einkünfte aus dem VermĶgen der Frau und die ErtrĤgnisse einer ErwerbstĤtigkeit nicht ausreichen. Nach Abs.2 hingegen hat die allein oder überwiegend für schuldig erklÃxrte Frau dem geschiedenen Mann angemessenen Unterhalt zu gewĤhren, soweit dieser au̸er Stande ist, sich selbst zu unterhalten.

Das "auÃ]er Stande sein, sich selbst zu unterhalten" (§ 60 Satz 1 EheG) ist hauptsĤchlich auf die ErwerbsfĤhigkeit bezogen, wenn auch andere UmstĤnde zu berýcksichtigen sind. Die aus beiderseitigem Verschulden Geschiedenen werden zunächst auf ihre eigene Erwerbsfähigkeit und Erwerbstätigkeit verwiesen. Eine Verwertung der eigenen Arbeitskraft kann aber zum Beispiel ausgeschlossen sein bei Kränklichkeit, Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit, hohem Alter, Bedürfnis nach einer Berufsausbildung entsprechend den vorhandenen Fähigkeiten, (zeitweiser oder dauernder) Nichtvermittelbarkeit in eine geeignete Arbeit oder Kinderbetreuung (Palandt, BGB, 35. Auflage, Anm.2 zu § 60 und Anm.3 zu § 59 EheG; RGRK, 11. Auflage, Anm.8 und 12 zu § 60 EheG; OLG Hamm vom 01.12.1977- 4 UF 264/77).

Ehemanns keine Rolle spielen (vgl. BGH vom 21.03.1984 â∏ Vlb ZR 68/82 in NJW 1984, 1816 zur strengen Trennung zwischen der strikten Tatbestandsvoraussetzung als ersten Stufe und der Billigkeitsregelung als zweiten Stufe).

Schlie̸lich stand der Klägerin im Jahre 1999 deshalb kein Unterhaltsanspruch zu, weil â∏∏ bei Hinwegdenken des Unterhaltsverzichts im Jahre 1968 â∏∏ ein Billigkeitsanspruch damals nur zeitlich befristet zugestanden hÄxtte. Auch Unterhaltsansprýche nach § 58 Abs.1 EheG (Scheidung wegen alleinigen oder überwiegenden Verschuldens) wurden oft befristet, im Allgemeinen auf acht Jahre nach der Scheidung; dies erschien ausreichend, um den erforderlichen Abstand von der Ehescheidung zu gewinnen und eine Zeit eines Minderverdienstes aufgrund einer neu aufgenommenen oder noch aufzunehmenden ErwerbstÄxtigkeit (geringeres Einkommen als ehemals den angemessenen ehelichen LebensverhÄxltnissen entsprechende Situation) zu berļcksichtigen. Im Gegensatz zu § 58 EheG ist in § 60 Satz 2 EheG die zeitliche EinschrĤnkung ausdrļcklich vorgesehen, allerdings nicht als zwingende Folge (" â□¦ kann zeitlich beschrĤnkt werden"). Die MĶglichkeit der BeschrĤnkung war aber, wenn keine besonderen Umstände vorlagen, als Regelfall anzu- sehen (RGRK, a.a.O., Anm.34 zu § 60 EheG: Zu berücksichtigen ist die voraussichtlich vorübergehende Dauer von Erwerbshindernissen). Berücksichtigt muss werden, dass wegen des Sinn und Zwecks der Regelung nach §Â§ 59 ff. EheG grundsÃxtzlich bei einer Scheidung aus beidseitig gleichem Verschulden jeglicher Unterhaltsanspruch entfÄxllt und nach § 60 EheG Unterhalt nur gewÃxhrt wird, soweit und solange Billigkeitsgründe vorliegen. Krankheit, fehlende VermittlungsmĶglichkeit, fehlende Berufsausbildung, fehlende ArbeitsplÄxtze (Verschlossenheit des Arbeitsmarkts) oder hohes Alter bestanden bei der KlAzgerin im Jahre 1968 nicht. FA¼r den Unterhalt in Frage kam eine ̸bergangszeit (keinerlei Einkünfte der Klägerin im April und im Juli 1968) sowie der Umstand, dass ihr wegen Kindesbetreuung â∏ noch für ca. fünf bis sechs Jahre nach der Scheidung â□ nur eine HalbtagstÄxtigkeit zumutbar gewesen wÄxre (wobei Einkļnfte aus einer unzumutbaren vollschichtigen Tätigkeit unberücksichtigt blieben â∏ vgl. Palandt, a.a.O., Anm.3 zu § 58 EheG); ins Gewicht fiele aber wohl hier, dass die Klägerin ca. vier Monate nach Scheidung ihre Lebensverhältnisse durch Umzug an den Wohnort der Eltern und Aufnahme einer ArbeitstÄxtigkeit dort so gestaltet hat, dass eine Betreuung des damalig zehnjĤhrigen schulpflichtigen Sohnes nachmittags und eine VollzeitbeschĤftigung durchfļhrbar gewesen sind, ohne dass dies auf Kosten des Kindeswohles oder der Arbeitskraft der Mutter gegangen wÃxre. Diese Frage kann letztlich offen bleiben. Gleichwohl, ob ein Anspruch gemäÃ∏ § 60 EheG nur für einige Monate oder gar für fünf bis sechs Jahre bis zum 16. Lebensjahr des Sohnes in Frage gekommen wĤre, lag bereits im Jahre 1968 kein Umstand vor, der einen Unterhalt im Sinne einer Dauerrente, wie zum Beispiel bei anfĤnglicher und anhaltender ErwerbsunfĤhigkeit, gerechtfertigt hÃxtte, so dass die KlÃxgerin auch noch im Jahre 1999 mit einem Unterhaltsanspruch hÃxtte rechnen dürfen. Nach Ablauf der Frist für einen begrenzten Unterhaltsanspruch, sei diese mit einigen Monaten oder einigen Jahren zu bemessen, sind auch keine neuen UmstĤnde vorgetragen worden oder nach Aktenlage bekannt, die â∏ bei Hinwegdenken des Unterhaltsverzichtes â∏ ein Wiederaufleben des ehemaligen Unterhaltsanspruchs nach § 323 ZPO und ein

Bestehen im Jahre 1999 rechtfertigen kA¶nnten.

2. Ein Rentenanspruch gemäÃ∏ § 243 Abs.1 und Abs.2 SGB VI ist damit aus drei Grù¼nden nicht gegeben. Bei Erfù¼llung zusätzlicher Voraussetzungen (vgl. § 243 Abs.3 Nrn.2 und 3 sowie letzter Halbsatz SGB VI) besteht ein Witwenrentenanspruch darù¼ber hinaus dann, wenn ein Unterhaltsanspruch nach § 243 Abs.2 Nr.3 (das heiÃ∏t ein Unterhaltsanspruch im letzten wirtschaftlichen Dauerzustand vor dem Tode) aa) entweder wegen Arbeitsentgelts, Arbeitseinkommens aus eigener Beschäftigung oder aus selbständiger Tätigkeit oder entsprechender Ersatzleistungen bb) oder wegen des Gesamteinkommens des Versicherten nicht bestanden hatte.

Diese Vorschrift ist nach der Entstehungsgeschichte und der Rechtsprechung zu den VorgĤngervorschriften (§ 1265 RVO, § 42 AVG) dahingehend zu verstehen, dass ein Unterhaltsanspruch (der KlĤgerin im Jahre 1999) allein aus dem Grund zu verneinen ist, weil der Verstorbene ein zu geringes Einkommen oder/und die Geschiedene (im Jahre 1999) zu hohe EinkĽnfte hatte. Das ist aber nicht der Fall. UnabhĤngig von den Einkļnften der KlĤgerin wĤre ein Unterhaltsanspruch sowohl wegen des Unterhaltverzichtes als auch â∏ bei Hinwegdenken des Verzichtes â∏ wegen der anzunehmenden zeitlichen Befristung eines Anspruchs nach § 60 EheG zu verneinen gewesen.

Damit steht der Klägerin kein Rentenanspruch zu. Auf die Frage, ob der Unterhaltsverzicht eine "leere HÃ⅓lse" darstellt und daher unbeachtlich ist, kam es nicht mehr an. Denn auch bei fehlendem Unterhaltsverzicht wäre ein Unterhaltsanspruch im Jahre 1999 an der von vornherein vorzunehmenden zeitlichen Begrenzung des Unterhaltsanspruchs und nicht ausschlieÃ□lich an den Einkommensverhältnissen der Klägerin gescheitert.

Im ̸brigen lagen auch nicht die Voraussetzungen vor, unter denen das Bundessozialgericht einen unbeachtlichen Verzicht angenommen hat. Die KlĤgerin hätte nämlich auf etwas verzichten müssen, worauf "vernünftigerweise" â∏∏ nach gesicherter Prognose ex ante â∏ im Jahre 1968 und für alle Zukunft kein Anspruch bestanden hÃxtte, wobei die WechselfÃxlle des Lebens wie Krankheit und Arbeitslosigkeit aber grundsĤtzlich zu berļcksichtigen sind. Ein deklaratorischer Verzicht lĤge zum Beispiel vor, wenn bereits im Zeitpunkt des Verzichtsvertrags in begrýndeter Weise angenommen werden darf, dass infolge Krankheit (zum Beispiel Alkoholismus mit bereits eingetretenen psychischen oder/und physischen Dauerschäuden) eine einkommensträuchtige Erwerbstäutigkeit voraussichtlich nie wieder aufgenommen werden kann (zum Alkoholismus vgl. BSG vom 21.01.1993 â [12 RJ 19/91 in SozR 3-2200 § 1265 Nr.9). So aber lag der Fall nicht. Die KIägerin hat lediglich einen Alkoholmissbrauch, keine Abhängigkeit des KIägers, im Jahre 1964 vorgetragen sowie eine Pankreatitis (Schwerbehinderung erst im Jahre 1979) und einen "Unfallschaden" (Berufskrankheit mit damaliger MdE um 30 v.H.), was den Versicherten jedoch damals in einer ErwerbstĤtigkeit nicht gehindert hatte. Allein die MĶglichkeit der kļnftigen Leidensverschlimmerung und des frühzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben ist nicht hinreichend, eine UnfĤhigkeit zur ErwerbstĤtigkeit und zur Leistung von Unterhalt bereits ab

April 1968 darzulegen; dies ist schon durch die tatsächlich bestehenden Verhältnisse zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Unterhaltsverzichts widerlegt.

Entsprechendes gilt für das angeblich unstete Arbeitsleben des Versicherten, das im Ã□brigen bereits in der Zeit ab 01.07.1958 mit einer festen Anstellung bei der B. AG nicht mehr vorlag; die Tatsache allein, dass der Kläger im Rahmen einer festen Anstellung entsprechend seinem Beruf sowie den beruflichen Möglichkeiten und persönlichen Neigungen Inlandsdienst oder Auslandsdienst verrichtete, ist unbeachtlich.

Nicht folgen konnte der Senat der KlĤgerin hinsichtlich des Arguments, sie sei zum Verzicht auch durch die Drohung des Versicherten, seinen Arbeitsplatz aufzugeben, motiviert worden. Ein ganz erheblicher psychischer Druck oder gar ein Zwang, deswegen einen Unterhaltsverzicht zu vereinbaren, ist vorliegend daraus nicht abzuleiten. Drohungen, wie von der KlĤgerin geschildert, werden bei Ehestreitigkeiten und bei Verhandlungen über Scheidungsvereinbarungen üblicherweise oft geäuÃ∏ert, wobei die Ernsthaftigkeit hinterfragt werden muss. Vorliegend hÄxtte der Versicherte sich wegen Unterhaltpflichtverletzung zumindest gegenüber seinem Sohn strafbar gemacht und seinen eigenen Unterhalt gefĤhrdet oder zumindest erheblich geschmĤlert; mithin wĤren bestehende Unterhaltsansprüche ohne die ungerechtfertigte Schmälerung bzw. Aufgabe des Erwerbseinkommen zu berechnen gewesen. Begründete Anhaltspunkte, dass der Versicherte im Alter von 41 Jahren vorgehabt hÃxtte, sich für die Dauer seines Lebens mit Einkünften unterhalb den pfändbaren Grenzen zu verbescheiden, sind nicht ersichtlich; vielmehr weist sein Versicherungsverlauf (Schule, militärischer Dienst, Vertreibung, Pflichtbeiträge ab 10.09.1947 mit nur einer Lücke vom 01.03. bis 21.04. 1952) aus, dass er â□ auch in den schlechten Nachkriegsjahren â∏ stets um Arbeit bemüht gewesen ist und Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld und Krankengeld nicht in Anspruch genommen hat. Eine gesicherte Prognose der Einstellung oder wesentlichen EinschrĤnkung der Erwerbstätigkeit ab April 1968 konnte jedenfalls nicht gestellt werden. Ebenso war seitens der KlĤgerin ein Unterhaltsanspruch bereits ab April 1968 und fļr alle Zukunft, zumindest für die folgenden Jahre der Kinderbetreuung, nicht auszuschlie̸en gewesen. Somit sprechen alle Umstände für einen konstitutiven und nicht einen deklaratorischen Unterhaltsverzicht.

Auf die AusfÃ 1 4hrungen im Urteil des Bundessozialgerichts vom 23.11.1988 â $^{\square}$ 5/5b RJ 100/86 â $^{\square}$ 1 kann sich die KlÃ $^{\square}$ gerin nicht berufen, wobei es ihr wiederholt insbesondere um den in der Presse verÃ ¶ ffentlichten (verkÃ 1 4rzten) Passus ging, dass "eine Unterhaltsverpflichtung seinerzeit mangels Masse (beim Mann) oder wegen des gesicherten Einkommens (der geschiedenen Ehefrau) nicht bestanden hat". Das genannte BSG-Urteil wurde in der Presse oft vereinfachend und missverstÃ $^{\square}$ ndlich wiedergegeben, au $^{\R}$ 1erdem von den unter Umst $^{\R}$ 2nden Betroffenen missverstanden oder zumindest mit allzu gro $^{\R}$ 1er Hoffnung aufgenommen. Tats $^{\R}$ 2chlich befasste sich die Entscheidung nur $^{\R}$ 1 bei feststehendem und nicht in der Revision $^{\R}$ 4berpr $^{\R}$ 4ften und auch nicht $^{\R}$ 4berpr $^{\R}$ 4ften Sachverhalt $^{\R}$ 10 allein mit der Rechtsfrage, ob $^{\R}$ 10 bei bisher

widersprüchlichen Urteilen verschiedener Senate des Bundessozialgerichts â∏ ein Unterhaltsverzicht stets einen Rentenanspruch ausschlie̸t oder es hierzu auch Ausnahmen ("Unterhaltsverzicht als leere Hý/lse") gibt. Letzteres wurde bejaht. Das Urteil aus dem Jahre 1988 erging seitens des 5. Senats des Bundessozialgerichts. Dieser hat dann in zahlreichen Entscheidungen ab 1988 prÄxzisiert und einengend definiert, unter welchen Voraussetzungen ein Unterhaltsverzicht als "leere Hülse" zu werten ist (kein Bestehen eines Anspruchs auf Unterhalt und objektive Aussichtslosigkeit des Entstehens eines Anspruchs für die gesamte Zukunft, vgl. hierzu auch BSG vom 21.01.1993, a.a.O.). Wird ohne Beachtung der Fortentwicklung der Rechtsprechung allein auf das Urteil des BSG vom 23.11.1988 Bezug genommen, muss auch gesehen werden, dass sich damals der 5. Senat zu dem konkreten Sachverhalt aus der Vorinstanz (nicht realisierbare Unterhaltsansprüche wegen sehr schlechter Vermögens- und ErwerbsverhĤltnisse des früheren Ehemanns, "zumindest" zur Zeit des Verzichts laut Vorinstanz) nur sehr vage geäuÃ∏ert und zu den "nicht realisierbaren Unterhaltsansprüchen" die frühere Rechtsprechung zitiert hat, dass "zu Lebzeiten des Versicherten", also nicht nur zum Zeitpunkt des Verzichtsvertrags, ein Anspruch auf Dauer â∏ zum Beispiel wegen Aufenthalts in der DDR â∏ nicht realisierbar gewesen sei. Im ̸brigen ist gerade im jetzigen Streitfall zum Zeitpunkt des Verzichtsvertrags das Nichtbestehen eines Unterhaltsanspruchs wegen fehlender Masse auf seiten des Versicherten oder/und hinreichender EinkA¼nfte der geschiedenen Ehefrau gerade nicht anzunehmen gewesen; zumindest für einige Monate hat ein Anspruch bestanden.

Daher war die Berufung mit der Kostenfolge aus <u>§ 193 SGG</u> zurückzuweisen.

Gründe für die Zulassung der Revision gemÃxÃabstraction Âs 160 Abs.2 Nrn.1 und 2 SGG sind nicht ersichtlich.

Erstellt am: 09.08.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024